

Lausitzer-Kohle-Rundbrief

BRUNICOWY ROZGLĚD

**1. Juli
2026**

1. Die Katastrophe fällt nicht aus – drei heiße Zusammenhänge
2. Gericht kippt sinnlosen Straßenbau - „Erfolg für Vernunft, Rechtsstaat und Strukturwandel“

1. Die Katastrophe fällt nicht aus – drei heiße Zusammenhänge

41,7°

Am 17. Juni debattierte der Brandenburger Landtag einen Antrag der AfD mit dem Titel „Die Apokalypse fällt aus – Klimaplan außer Kraft setzen, klimapolitisch motivierte Gesetze abschaffen“. Am 28. Juni wurden in Deutschland (und zwar in der Lausitz) nicht nur Juni-, sondern Allzeit-Temperaturrekorde gebrochen. Todesfälle häuften sich, Infrastruktur versagte teilweise. Sortieren wir die Informationen mal:

Das Alarmierende an der jüngsten Hitzewelle in Deutschland ist nicht nur, dass wieder einmal Hitzerekorde gebrochen wurden, sondern auch,

dass das bereits im Juni geschah. Durch die Wärmespeicherung, beispielsweise im Meerwasser, folgt die größte Hitze eigentlich mit einiger Verzögerung auf die Tage mit der längsten Sonneneinstrahlung um den 21. Juni. Deshalb gelten die sogenannten „Hundstage“ ab dem 23. Juli als die heißeste Zeit des Jahres. Wenn nun schon am 28. Juni Höchsttemperaturen von 41,7 Grad (Coschen bei Guben) und Tiefsttemperaturen von 29,4 Grad (Kubschütz bei Bautzen) gemessen werden, bedeutet das letztlich, dass es jederzeit im Juli und August noch heißer werden kann, ob nun in diesem oder einem der nächsten Jahre. Um auch wirklich keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Meteorologische Messungen erfolgen standardmäßig im Schatten. Falls sich jemand erinnert, auch vor 40 Jahren schon mal 40 Grad erlebt zu haben: das war in der prallen Sonne.

Vom Ausfallen der Klimakatastrophe also keine Spur. Hintergrund des Landtagsantrages (Drucksache 8/2937) war, dass der [IPCC seine Szenarien überarbeitet](#) hat und das bisher extremste betrachtete Szenario RPC 8.5 als nicht mehr plausibel bezeichnet. Allerdings drohen auch mit den jetzt ausgewählten Szenarien bis zu 5 Grad Erhöhung der weltweiten Durchschnittstemperatur in den nächsten 120 Jahren – gerade wenn Klimaschutzmaßnahmen zurückgenommen werden. Dass Deutschland und Brandenburg sich jeweils stärker erwärmen als der weltweite Durchschnitt, war – Interesse vorausgesetzt - auch vor der jüngsten Hitzewelle schon bekannt.

Spannend für die Landespolitik wird der Wegfall von RPC 8.5 auf eine ganz andere Weise, als die von der AfD herbeigeträumte. Dieses Szenario wollten Sachsen und Brandenburg nämlich bisher ihren langfristigen wasserwirtschaftlichen Entscheidungen zugrunde legen, obwohl es hinsichtlich

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0151) 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--

Trockenheit nicht etwa den worst case beschreibt, sondern laut [Hydrologie-Professorin Irina Engelhardt \(TU Berlin\)](#) „das Szenario mit der höchsten Niederschlagshöhe und maximaler Niederschlagsintensität“ ist. Möglicherweise müssen die Länder nun für ein trockeneres, aber wahrscheinlicheres Szenario planen.

2. Gericht kippt sinnlosen Straßenbau - „Erfolg für Vernunft, Rechtsstaat und Strukturwandel“

Das Verwaltungsgericht in Dresden hat am 15. Juni die Genehmigung für den geplanten 2. Bauabschnitt der K 9281, die sogenannte Spreestraße zwischen Spreewitz und Neustadt, gekippt. Damit ist ein Straßenbauprojekt gestoppt, das nach bisher bekannten Angaben mehr als 30 Millionen Euro kosten sollte, aber laut Planungsunterlagen lediglich eine Reisezeitverkürzung von 48 Sekunden, gebracht hätte.

„Mit der Aufhebung der Genehmigung ist ein Projekt gestoppt, das ökologisch, verkehrlich und finanziell nicht zu rechtfertigen war. Die Verfechter des alten Kohleprojekts wollten trotz Strukturwandel und abnehmender Bevölkerung mit dem Kopf durch die Wand. Sie waren nicht mehr bereit, die realen Fakten anzuerkennen. Diese rückwärtsgewandte politische Haltung gefährdet nicht nur sinnvolle Strukturwandelprojekte, sondern kostet den Steuerzahler viel Geld.“ sagt Ursula Eichendorff, Vorstandsmitglied und Sprecherin von Eine Spinnerei e.V.

Die Spreestraße sollte eine schnellere Verbindung zwischen den Braunkohlenkraftwerken Schwarze Pumpe und Boxberg schaffen. Der verkehrliche Nutzen stand jedoch in keinem Verhältnis zu Kosten und Umwelteingriffen. Laut Planungsunterlagen hätte sich die Reisezeit auf der Verbindung zwischen dem Industriepark Schwarze Pumpe und den Gewerbestandorten am Kraftwerk Boxberg lediglich um 0,8 Minuten, also 48 Sekunden, verkürzt. Offen bleibt weiter, welche Kosten für das Projekt entstanden wären, Zahlen dazu halte der Landkreis Bautzen trotz Nachfragen weiter unter Verschluss. Landrat Witschas habe von mehr als 30 Millionen Euro gesprochen. Mehr dürfe offenbar nicht verraten werden. Zugleich sollte die neue Straße erhebliche Eingriffe in Natur und Landschaft verursachen, etwa durch ein zusätzliches Brückenbauwerk durch die Spreeaue.

Aus Sicht des Spinnerei-Vereins war das Planungsverfahren von Beginn an geprägt von Intransparenz, rückwärtsgewandten Ideen sowie fehlender Gesprächs- und Kompromissbereitschaft. Kreis- und Kommunalpolitiker seien mehrfach angesprochen worden, um kritische Punkte gemeinsam zu klären. Eine ernsthafte Bereitschaft dazu habe es jedoch nicht gegeben. Gemeinsam beabsichtigte Terminvereinbarungen seien einseitig aufgekündigt worden.

Dass im Verfahren sogar geltendes Recht missachtet wurde, zeige sich nun im Gerichtsurteil. Aus Sicht des Spinnerei-Vereins gab es deutlich kostengünstigere und umweltverträglichere Varianten, die im Planungsverfahren keine ernsthafte Beachtung fanden. Der Verein fordert nun eine ehrliche Aufarbeitung der Fehlplanung, Transparenz über die bisher entstandenen Kosten und einen respektvollen Umgang mit den Menschen, die sich vor Ort für Natur, Lebensqualität und einen zukunftsfähigen Strukturwandel einsetzen.

„Dieser Erfolg hat zwei Seiten: Er hat viele Menschen vor Ort enorm viel Kraft, Zeit und Geld gekostet“ resümiert Ursula Eichendorff. Der Verein Eine Spinnerei e.V., Mitglied der Grünen Liga, hatte die Klage des BUND Sachsen gemeinsam mit weiteren Unterstützerinnen und Unterstützern aus der Region begleitet. Der Löwenanteil der Arbeit und der Finanzierung wurde dabei von Menschen vor Ort getragen.

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0151) 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--